

**Europa-Union Schleswig-Holstein
Europe Direct Informationszentrum Kiel
Faluner Weg 28
24109 Kiel**

1. Die überparteiliche Europa-Union Deutschland (EUD) wie auch die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) Deutschland sprechen sich in ihren jüngst verabschiedeten Grundsatzprogrammen für die Schaffung eines föderalen europäischen Bundesstaates aus. Teilen Sie dieses Ziel?

Sollte hierzu unter Beteiligung der Zivilgesellschaft ein Konvent einberufen werden?

Wir Piraten fordern in unserem Grundsatzprogramm ein durch eine gemeinsame Verfassung konstituiertes rechtsstaatliches, demokratisches und soziales Europa. Konkret fordern wir in unserem Wahlprogramm für die kommende Bundestagswahl die Einberufung eines Verfassungskonvents für die Europäische Union. Auf die endgültige Form haben wir uns dabei nicht festgelegt. Es spricht aber aus unserer Sicht prinzipiell nichts gegen einen föderalen europäischen Bundesstaat.

2. Eine der Ursachen für die seit Jahren andauernde „Euro-Krise“ liegt in der unvollendeten Wirtschafts- und Währungsunion.

Sehen Sie die Notwendigkeit, die vergemeinschaftete Währungspolitik durch eine vergemeinschaftete Wirtschafts- und Finanzpolitik zu ergänzen? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, welches sind Ihre konkreten Vorstellungen?

Ja, aber Voraussetzung für eine weitere Vergemeinschaftung muss zuerst einmal eine weitergehende Demokratisierung der EU sein. Ohne ausreichende demokratische Legitimation wäre eine Übertragung weiterer Befugnisse nicht zu rechtfertigen.

Wir fordern unter anderem einen Marshall-Plan für Europa, ein Investitionsprogramm, das langfristiges Wachstum fördert, die Einführung von Trennbanken und eine von der EZB unabhängige Finanzaufsichtsbehörde.

3. Sind Sie der Auffassung, dass die EU einen Haushalt bekommen soll, der sich aus eigenen Steuereinnahmen – bei gleichbleibender Belastung der Bürgerinnen und Bürger – speist?

Eine demokratische EU der Bürger, nicht der Mitgliedsstaaten, kann nicht auf Almosen derselben angewiesen sein. Sonst bleibt die Union zu sehr Spielball nationaler Interessen. Sie wird zwangsläufig eigene Einnahmen erfordern. Vergemeinschaftung kann dabei in manchen Bereichen sogar Overhead reduzieren, und damit die Belastung der Bürgerinnen und Bürger insgesamt sogar senken.

4. Würden Sie angesichts der hervorgehobenen Stellung Deutschlands in der Krisenbekämpfung die mögliche Sorge unserer europäischen Partner vor einem „deutschen Europa“ als berechtigt ansehen?

Wir betrachten die Krisenpolitik der Bundesregierung als einen undemokratischen Rückschritt im europäischen Integrationsprozess.

5. Welche prioritären Ziele sollte die deutsche Europapolitik zur Überwindung der Krise verfolgen?

Restrukturierung maroder Banken, Schuldenschnitt für die Krisenstaaten, Schutz von Privat- und Kleinanlegern bis zu einer gewissen Summe, Investitionen in Form eines Marshall-Plans für Europa.

6. Wesentliche Maßnahmen zur Krisenbekämpfung (ESM, Fiskalpakt) wurden außerhalb der EU-Verträge als völkerrechtliche Vereinbarungen ins Werk gesetzt.

Sind Sie der Auffassung, dass diese Regelungen zum nächstmöglichen Zeitpunkt in die EU Verträge überführt und damit auch der demokratischen Kontrolle des Europäischen Parlaments unterworfen werden müssen?

Ja.

7. Sind Sie der Auffassung, dass das Europäische Parlament durch Zuerkennung des Initiativrechts und durch die Möglichkeit einer Wahl der Kommission ohne nationale Vorgaben gestärkt werden soll? Sind echte europäische Parteien erforderlich?

Ja und ja.

8. Wie stehen Sie zu der Forderung, dass alle in Deutschland lebenden EU-Bürgerinnen und EU-Bürger neben den Kommunal- und Europawahlen künftig auch an den Landtags- und Bundestagswahlen teilnehmen können sollten?

Wir setzen uns für das gleiche kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger wie für EU-Bürger ein. Auch die Beteiligung an weiteren politischen Prozessen, zum Beispiel Volksbegehren, -initiativen und -entscheiden, sowie das Einbringen und Unterzeichnen von Petitionen, soll unabhängig von der Staatsangehörigkeit möglich sein. Menschen, die länger in Deutschland leben oder in Deutschland geboren sind haben einen Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit, auch zusätzlich zu ihrer bisherigen, und somit auf das vollumfängliche Wahlrecht.

9. Sind Sie der Auffassung, dass künftig der europäische Außenminister die gemeinsamen europäischen Interessen nach außen vertreten sollte (und damit die nationalen Außenminister eine deutlich untergeordnete Rolle einnehmen)?

Die Piratenpartei fordert Transparenz, auch in der Außenpolitik. Deshalb steht sie dafür ein, dass die EU-Organe die langfristigen außenpolitischen Ziele der EU definieren und öffentlich kommunizieren. Über eine Änderung der Institutionen entscheidet allerdings die Bevölkerung im Rahmen eines verfassungsgebenden Prozesses selber.

10. Unter welchen Voraussetzungen würden Sie eine gemeinsame europäische Armee (anstelle der nationalen Streitkräfte) befürworten?

Bei Zustimmung der Bevölkerung im Rahmen eines verfassungsgebenden Prozesses ist langfristig eine europäische Armee möglich. Erforderlich dafür ist zwingend eine Demokratisierung der Europäischen Union und die vollständige Kontrolle des europäischen Parlaments über diese Armee.

Zudem muss es ein klares Verbot von Einsätzen im Inneren gesetzlich verankert werden. Der Auftrag dieser Armee darf unter keinen Umständen über Selbstverteidigung hinausgehen.

Diese Armee muss zudem auf die folgenden Waffen verzichten:

- atomare, biologische und chemische Kampfmittel
- Uran-, Phosphor- und Streumunition
- Anti-Personenminen
- Nanotechnologie
- bewaffnete Drohnen und autonome Offensiv-Waffensysteme
- Techniken und Systeme zur offensiven Cyberkriegsführung

11. Sollte die EU in der Sozialpolitik mehr Kompetenzen bekommen, um den sozialen Ausgleich stärker zu fördern, wie zum Beispiel durch eine europäische Arbeitslosenversicherung (wie im Van Rompuy-Bericht vorgeschlagen wurde)?

Ja. Wir fordern ein "Europäisches bedingungsloses und steuerfreies Sockeleinkommen".

12. Im 17. Deutschen Bundestag bilden mehr als 170 Abgeordnete der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen eine überparteiliche Parlamentariergruppe der Europa-Union Deutschland.

Können Sie sich vorstellen, der Europa-Union Deutschland beizutreten, um dieser Parlamentariergruppe anzugehören?

Letztendlich können wir als Partei diese Frage nicht beantworten. Jeder Abgeordnete ist in dieser Entscheidung genauso frei, wie in allen anderen und nur seinem Gewissen verpflichtet. Einzelne Kandidaten auf den aussichtsreichen Plätzen zur Bundestagswahl 2013 haben sich aber schon wohlwollend zu dieser Idee geäußert. Letztendlich ist die Piratenpartei eine Partei, die dem Prozess der europäischen Einigung positiv gegenüber steht. Es sollte also nicht verwundern, wenn viele Abgeordneten einer PIRATEN-Fraktion im Deutschen Bundestag dieser Gruppe beitreten.

Folgende Punkte zur europäischen Integration im Allgemeinen und zur Lösung der derzeitigen Krise sind uns persönlich besonders wichtig:

Die Europäische Union kann ohne Solidarität nicht bestehen. Um die wirtschaftlich angeschlagenen Eurostaaten auf die Beine zu bringen, fordern wir PIRATEN daher einen „Marshall-Plan für Europa“ – ein Aufbau- und Investitionsprogramm, das sowohl die kurzfristige Konjunkturentwicklung fördert als auch das längerfristige Wachstumspotenzial stärkt. Ziel ist der Umbau und die Modernisierung der europäischen Volkswirtschaften hin zu einer energieeffizienten und ressourcenschonenden Wirtschaftsstruktur.